Der Offenbarungseid

Neutralität als politische Fiktion

Wie Verfassung, Praxis und Initiative aneinander vorbeilaufen

«Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.»

Der Entscheid vom 20. März 2026 war absehbar. Kein Gegenvorschlag, keine Präzisierung, keine Klärung. Warum? Weil jede klare Definition sofort sichtbar machen würde, dass Anspruch und Realität längst auseinanderlaufen.

Der Bundesrat sagt es selbst: Ein *«starres Neutralitätsverständnis»* sei nicht im Interesse der Schweiz, man müsse ***«flexibel auf internationale Entwicklungen reagieren können».***

Übersetzt: Neutralität darf nicht im Weg stehen.

Realität: Neutralität unter Vorbehalt

Die Schweiz ist formal neutral, handelt aber regelmässig im Gleichschritt mit westlichen Strukturen:

- Übernahme der Russland-Sanktionen
- sicherheitspolitische Kooperation mit der NATO (ohne formellen Beitritt)
- Beschaffung des F-35 als Teil westlicher Militärarchitektur
- politische Positionierungen in internationalen Konflikten

Das ist keine starre Neutralität. Das ist situative Anpassung. Die Verfassung spricht von Neutralität. Die Politik spricht von Flexibilität. Die Praxis zeigt Einbindung.

Kein Gegenvorschlag, weil Klarheit Konsequenzen hätte

Ein Gegenvorschlag hätte bedeutet, Neutralität verbindlich zu definieren, mit überprüfbaren Grenzen.

Dann müsste sich die Politik daran messen lassen. Und genau das will man vermeiden. Also bleibt alles offen. Und alles möglich.

Der eigentliche Knall:

Die Initiative ändert fast nichts

So hart es klingt: Selbst bei Annahme der Neutralitätsinitiative würde ein grosser Teil der bisherigen Praxis weiterlaufen.

Russland-Sanktionen

Die Initiative verbietet *«nichtmilitärische Zwangsmassnahmen»*, lässt aber Ausnahmen für internationale Verpflichtungen und Umgehungsverhinderung zu. Genau so werden die Sanktionen heute begründet. Ergebnis: rechtlich nicht eindeutig untersagt.

NATO-Integration ohne Beitritt

Verboten ist der Beitritt zu Militärbündnissen.

Nicht verboten sind:

- Kooperation
- Interoperabilität
- gemeinsame Übungen

Genau darüber läuft aber heute die Integration.

F-35

Kein Bündnis, keine direkte Kriegsbeteiligung. Voll kompatibel mit der Initiative.

Und gleichzeitig maximale technische und strategische Anbindung an westliche Systeme.

Israel / Gaza & Co.

Die Initiative regelt keine politischen Stellungnahmen. Diplomatische Parteinahmen bleiben jederzeit möglich.

Dual-Use / indirekte Beteiligung

Nicht erfasst sind:

- Rüstungszulieferung
- Technologietransfer
- industrielle Kooperation
- logistische Einbindung

Genau diese Formen prägen moderne Konflikte.

Fazit

Der Bundesrat lehnt die Initiative ab, weil er flexibel bleiben will. Würde die Initiative angenommen, bliebe vieles trotzdem gleich. Das ist der eigentliche Offenbarungseid. **Die Schweiz beruft sich auf Neutralität, der Bundesrat relativiert sie und die Initiative ist zu schwach, um daran etwas Grundlegendes zu ändern.**

Neutralität ist in der Schweiz kein stabiler Zustand, sondern ein situatives Narrativ. Historisch war sie nie durchgehend Realität, sondern oft das Ergebnis geopolitischer Duldung oder Anpassung. Und auch heute zeigt die Praxis: Entscheidend ist nicht das Prinzip, sondern der Spielraum.

Neutralität als Geschäftsmodell

Man beruft sich auf Neutralität, wenn sie wirtschaftlich nützlich ist oder diplomatische Vorteile bringt. Man relativiert sie, sobald sie politische oder strategische Handlungsmöglichkeiten einschränkt. Das ist keine konsequente Neutralität, das ist selektive Anwendung.

Ein Staat, der seine zentralen aussen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen dauerhaft im Rahmen internationaler Abhängigkeiten trifft, kann Neutralität nicht mehr frei definieren. Neutralität setzt Souveränität voraus. Und genau diese war und ist in der Praxis eingeschränkt.

Die Entwicklungen der letzten Jahre sprechen eine klare Sprache. Der Verlust klassischer Sonderstellungen, vom Bankgeheimnis bis zur Credit Suisse, zeigt, wie

stark die Schweiz in internationale Macht- und Finanzstrukturen eingebunden ist.

Diese Einbindung ist nicht neutral. Sie orientiert sich klar am westlich-transatlantischen Raum und dessen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen.

Die Schweiz ist längst Teil eines Machtgefüges, in dem Geld, Organisation, Information und Sicherheit (MOIS) nicht neutral sind, sondern vorstrukturiert.

Auch die von Pro Schweiz lancierte Neutralitätsinitiative bleibt letztlich innerhalb dieses Rahmens. Sie adressiert einzelne Symptome, nicht aber die strukturellen Voraussetzungen, unter denen Neutralität überhaupt wirksam sein könnte. Damit bewegt sie sich innerhalb desselben Systems, das sie vorgibt zu korrigieren und trägt eher zu dessen Stabilisierung bei, in dem Neutralität zunehmend relativiert und situativ angewendet wird, als zu einer grundlegenden Veränderung.

Vor diesem Hintergrund wirkt die aktuelle Debatte fast wie ein Ritual. Man spricht von «Neutralität», während die tatsächlichen Entscheidungsräume längst durch internationale Abhängigkeiten vorgeprägt sind.

> Neutralität ist in der Schweiz kein Zustand mehr, sondern ein politisches Narrativ, das dort gepflegt wird, wo es nützt, und dort relativiert wird, wo es stört.

Und genau daran ändert auch diese Initiative nichts. Weil sie es nicht kann oder nicht will.

Selbst bei Annahme der Neutralitätsinitiative würde ein grosser Teil der bisherigen Praxis weiterlaufen. Insofern stellt sich die Frage, ob es sich nicht eher um eine politische Symbolvorlage handelt, oder, zugespitzt formuliert, um eine «Wurstinitiative»: Eine Vorlage, bei der das Ergebnis letztlich keine Rolle spielt.

Ein letzter Gedanke: Warum so viele Initiativen ins Leere laufen

Wer sich mit der Neutralitätsinitiative beschäftigt, stösst fast zwangsläufig auf eine unbequeme Erkenntnis: Sie ist kein Einzelfall.

Viele Initiativen scheitern nicht an der Abstimmung, sondern an ihrer Konstruktion. Zu vage, zu eng oder politisch so formuliert, dass sie sich im Nachhinein umgehen oder relativieren lassen.

Oft geht es weniger um konkrete Wirkung als um Signalwirkung. Themen setzen, Druck erzeugen, Positionen markieren.

Das Problem ist nur, der Souverän stimmt über Texte ab, die in der politischen Praxis oft nur begrenzte Steuerungswirkung entfalten. Und so entsteht ein paradoxes System. Grosse demokratische Beteiligung bei gleichzeitig begrenzter tatsächlicher Veränderung.

Die Folge ist absehbar: Ernüchterung. Oder, zugespitzt formuliert: Immer mehr Vorlagen, bei denen das Ergebnis am Ende keine Rolle spielt.